



Pressemitteilung

Ansbach, 11. Mai 2010

So genannte Lärmschutzkommission verteilt Placebos - Keine spürbare Entlastung in Sicht

BI zum neuen Ansatz der Stadt Ansbach: Überlegungen für Teilabzug konsequent vorantreiben

Anerkennung für Einsatz von OB Seidel – „Etz langt's!“ gegen „Freibrief“ für US-Militär

Die Bürgerinitiative „Etz langt's!“ hat die Ergebnisse der so genannten „Lärmschutzkommission“ und die Ausführungen von Verteidigungsstaatssekretär Christian Schmidt im Schreiben an OB Seidel vom 30.03. als ungenügend bewertet: „Es wurden lediglich Placebos an die Fluglärm-Geschädigten verteilt. Eine spürbare Entlastung der Betroffenen ist weiterhin nicht in Sicht“, fasste Vorsitzender Pfarrer i.R. Hansjörg Meyer die Einschätzung der BI zusammen.

Statt klarer Beschränkungen des Flugbetriebs an der Hubschrauberbasen Katterbach und Illesheim, soll die Handhabung der militärischen Übungen noch „flexibler“ werden, wie Schmidt schreibt. So soll etwa die Frequenz der Übungsflüge durch ein „Übereinanderlegen von Anflug- und Abflugroute“ erhöht werden. Außerdem soll der Wechsel von Flugrouten abgeschafft werden. „Das ist ein Freibrief für das US-Militär zu Lasten der Bevölkerung“, urteilte die BI. Die deutliche Zunahme von „Ausnahmegenehmigungen“ für Wochenendflüge, v.a. in Illesheim, bestätigt diese Entwicklung.

Eine Lösung des Fluglärm-Problems wird nicht angepackt, die Folgen sollen lediglich örtlich verlagert werden, wie das Beispiel der Anflugroute „Winkel“ (Südroute) zeigt. Diese soll laut Schmidt drei Kilometer nach Osten verschoben werden. Für die Entlastung von Brodswinden und Burgoberbach-West soll zukünftig Burgoberbach-Ost, Winterschneidbach, Gösseldorf, Wolfartswinden, Ratzenwinden, Steinbach und Alberndorf mehr Hubschrauberlärm abbekommen. Bei der „südwestlichen Platzrunde“ sollen für die geringfügige Entlastung von Pfaffengreuth und Eyb noch mehr Flüge über dem ohnehin stark belasteten Obereichenbach stattfinden. „Diese Entwicklung zeigt erneut auf, dass eine Hubschrauberbasis dieser Form und Größe in unserer dicht besiedelten Region nicht tragbar ist“, betonte der BI-Vorstand.

Anerkennend äußerte sich die BI hinsichtlich der Bemühungen von OB Carda Seidel, die Interessen der Bevölkerung zu wahren, indem sie auf Umsetzung des Stadtratsbeschlusses zum Schutz vor Lärm und Abgasen der US-Militärhubschrauber vom 26.05.09 drängt. „Es ist gut, dass die Oberbürgermeisterin am Ball bleibt“, sagte Hansjörg Meyer. Die fortgesetzte Untätigkeit von Verteidigungsministerium und Staatsregierung bezeichnete die BI als „nicht hinnehmbar“. Allerdings sollte Frau Seidel die Forderung nach einem Nachtflugverbot ab 22 Uhr und Überflugverbot auch in der Lärmschutzkommission vertreten. Dem zuständigen Offizier des Ministeriums in der Kommission gegenüber forderte sie überraschend lediglich ein Flugverbot ab 1 Uhr nachts, was keine spürbare Entlastung darstellt.

Der neue Ansatz der Stadt Ansbach, auf ein Üben des US-Militärs in Grafenwöhr im Sommer hinzuwirken ist zwar interessant, jedoch noch nicht ausgereift. Der Hin- und Rückflug von über 100 Hubschraubern wäre in den Augen der BI ökologisch nicht zu vertreten und würde weitere Landstriche dem Fluglärm aussetzen. Hingegen sollte gemeinsam ein Teilabzug der

Hubschrauberflotte konsequent vorangetrieben werden, da es augenscheinlich am Standort Ansbach keinen zufriedenstellenden Ausgleich zwischen Bürgerwohl und Militärinteressen geben kann.

Der Vorstand der „Etz langt´s!“ hat derweil mit mittelfränkischen Bundestagsabgeordneten aller Fraktionen Gespräche über bürgerfreundliche Lösungswege des Fluglärm-Problems in Ansbach und Illesheim geführt. Die BI hofft auf überparteiliche Anstrengungen auf Bundesebene für das Wohl der Bevölkerung und für die Minimierung des Militärs in unserer Region.

gez. Boris-André Meyer, Pressesprecher